

Ordentliche Hauptversammlung 2011

der

Autobank Aktiengesellschaft

am 22. Juni 2012

Beschlussvorschläge

von Vorstand und Aufsichtsrat

zur am 25. Mai 2012 veröffentlichten Tagesordnung

Zu Punkt 1. der Tagesordnung:

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2011 samt Lagebericht, des Konzernabschlusses zum 31.12.2011 samt Konzernlagebericht und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts für das Geschäftsjahr 2011

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Beschlussfassung erforderlich.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Verwendung des im Jahresabschluss zum 31.12.2011 ausgewiesenen Bilanzgewinns

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss zum 31.12.2011 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 90.000,-- zur Gänze an die Vorzugsaktionäre als Vorzugsdividende in Höhe von EUR 0,03 pro Vorzugsaktie auszuschütten.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, als Zahltag für die Dividende den 27. Juni 2012 festzusetzen.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 5. der Tagesordnung:

Wahl des Abschlussprüfers (Bankprüfers) für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2013

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, zum Abschlussprüfer, Konzernabschlussprüfer und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2013 zu bestellen.

Zu Punkt 6. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Aufhebung der Vorzugsaktien und über die Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien sowie über die entsprechende Änderung der Satzung in den §§ 5 und 12

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, die ordentliche Hauptversammlung der Autobank Aktiengesellschaft möge folgenden Beschluss fassen:

- „a) *Der Vorzug der bestehenden 3.000.000 Stück stimmrechtsloser Vorzugsaktien wird aufgehoben;*
- b) *Die Satzung wird in § 5 in der Weise geändert, dass dieser folgenden neuen Wortlaut erhält:*

§ 5: Grundkapital, Aktien

- (1) *Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 9.143.152,00 (Euro neun Millionen einhundertdreißigtausendeinhundertzweiundfünfzig) und ist eingeteilt in 9.143.152 Stück Stammaktien. Die Stammaktien sind Stückaktien ohne Nennbetrag und lauten auf Inhaber. Die Inhaberaktien der Gesellschaft werden in einer oder mehreren Sammelurkunden verbrieft. Die Sammelurkunde(n) sind bei einer Wertpapiersammelbank nach § 1 Abs. 3 DepotG oder einer gleichwertigen ausländischen Einrichtung zu hinterlegen.*
- (2) *Jede Stammaktie gewährt eine Stimme. Das Stimmrecht kann auch durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Die Vollmacht muss einer bestimmten Person in Textform erteilt werden. Die Vollmacht muss der Gesellschaft übermittelt und von dieser aufbewahrt oder nachprüfbar festgehalten werden. Es können auch mehrere Personen bevollmächtigt werden.*
- (3) *Trifft im Falle einer Kapitalerhöhung der Erhebungsbeschluss keine Bestimmungen darüber, ob die Aktien auf den Inhaber oder auf Namen lauten, so lauten sie ebenfalls auf Inhaber.*
- (4) *Form und Inhalt der Aktienurkunden bestimmt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates. Dies gilt auch für Teilschuldverschreibungen, Zins- und Optionsscheine.*
- (5) *Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576,00 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautender Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stammaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor), oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die*

sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“

- c) *Die Satzung wird in § 12 in der Weise geändert, dass dessen Absatz (4) entfällt und Absatz (5) als nunmehriger Absatz (4) den folgenden neuen Wortlaut erhält:*

§ 12: Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung

(4) entfällt

Abs. (5) wird zu Abs. (4) und lautet wie folgt:

- (4) Ein zur Ausschüttung bestimmter Bilanzgewinn wird auf die Stammaktien im Verhältnis der auf die Aktien geleisteten Einlagen verteilt. Einlagen, die im Laufe des Geschäftsjahres geleistet worden sind, sind nach dem Verhältnis der Zeit zu berücksichtigen, die seit der Leistung verstrichen ist. Bei Ausgabe neuer Aktien kann eine andere Gewinnberechtigung festgesetzt werden.“*

Zu Punkt 7. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 AktG, binnen fünf Jahren ab Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 900.000 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu EUR 900.000,-- verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, mit oder ohne Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, auszugeben und alle weiteren Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen, die Ausgabe und das Umtauschverfahren festzusetzen, sowie über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu EUR 900.000,-- durch Ausgabe von bis zu 900.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen und die entsprechende Änderung der Satzung in § 5

Der zur Beschlussfassung vorgesehene Emissionsrahmen für Wandelschuldverschreibungen sowie die bedingte Kapitalerhöhung umfasst 9,84% des derzeit ausgegebenen Grundkapitals.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen folgende Beschlussfassung vor:

1. *Der Vorstand wird gemäß § 174 Abs 2 AktG ermächtigt, innerhalb von 5 Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates*

Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf bis zu 900.000 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu EUR 900.000,-- verbunden ist, mit oder ohne Bezugsrechtsausschluss jeweils auch in mehreren Tranchen auszugeben und alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Umtauschverfahren der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann durch bedingtes Kapital, durch genehmigtes Kapital oder aus eigenen Aktien, oder einer Kombination daraus, erfolgen.

2. *Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats nach Maßgabe der aktienrechtlichen Vorschriften die Ausgabe- und Ausstattungsmerkmale sowie die Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen, insbesondere Zinssatz, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Verwässerungsschutzbestimmungen, Wandlungszeitraum und/oder -zeitpunkt, Wandlungsrechte und/oder -pflichten, Wandlungsverhältnis sowie Wandlungspreis und Umtausch- und/oder Bezugsbedingungen zu bestimmen.*

Der Vorstand ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, ermächtigt, folgende Merkmale vorzusehen:

- (a) ein fixes oder ein variables Wandlungsverhältnis;*
- (b) eine Festlegung des Wandlungspreises innerhalb einer vorgegebenen Bandbreite in Abhängigkeit von der Entwicklung des Kurses der Aktien der Gesellschaft während der Laufzeit der Wandelschuldverschreibung;*
- (c) das Recht der Gesellschaft, im Falle der Wandlung (Ausübung des Umtausch- und/oder Bezugsrechts) nicht oder nicht ausschließlich Aktien zu gewähren, sondern auch eine angemessene, am Kurs der Aktien der Gesellschaft orientierte Barabfindung zu bezahlen;*
- (d) das Recht der Gesellschaft, die Wandelschuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen und den Wandelschuldverschreibungsgläubigern den Ausgabepreis der Wandelschuldverschreibungen zurückzuzahlen;*

- (e) *das Recht der Gesellschaft, die Umtausch- und/oder Bezugsrechte aus Wandelschuldverschreibungen statt mit neuen Aktien aus bedingtem Kapital oder genehmigtem Kapital auch mit eigenen Aktien der Gesellschaft (oder einer Kombination daraus) zu bedienen;*
 - (f) *eine Wandlungspflicht (Umtausch- und/oder Bezugspflicht) zum Ende der Laufzeit (oder zu einem anderen Zeitpunkt) oder das Recht der Gesellschaft, bei Fälligkeit der Wandelschuldverschreibungen ganz oder teilweise anstelle der Zahlung eines Geldbetrages Aktien der Gesellschaft zu gewähren; oder*
 - (g) *eine in bar zu leistende Zuzahlung und die Zusammenlegung oder eine Barabfindung für nicht wandlungsfähige Spitzen.*
- 3. *Der Preis der Wandelschuldverschreibungen ist unter Berücksichtigung anerkannter finanzmathematischer Methoden in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln, das heißt insbesondere anhand des Preises einer üblichen festverzinslichen Schuldverschreibung unter Berücksichtigung des Wertes des Wandlungsrechts, der sonstigen, konkreten Ausstattungsmerkmale der Wandelschuldverschreibungen (zum Beispiel Recht zur vorzeitigen Kündigung der Wandelschuldverschreibung; Wandlungspflicht; Recht zur Zahlung eines Geldbetrages an Stelle der Wandlung; fixes oder variables Wandlungsverhältnis; etc.), der Kreditwürdigkeit der Gesellschaft, des aktuellen Marktzinses oder der Ausgabe gegen Barwerte.*
- 4. *Der Ausgabebetrag der bei Wandlung auszugebenden Aktien und das Bezugs- und/oder Umtauschverhältnis sind unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft zu ermitteln (Grundlagen der Berechnung des Ausgabetrags); der Ausgabebetrag darf nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen.*
- 5. *Das Grundkapital wird gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu EUR 900.000,-- durch Ausgabe von bis zu 900.000 Stück neuen auf Inhaber lautende Stammaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als Umtausch- und/oder Bezugsrechte von Inhabern von der Gesellschaft ausgegebener Wandelschuldverschreibungen bedient werden. Der Ausgabebetrag und das Umtausch- und/oder Bezugsverhältnis sind unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft zu ermitteln*

(Grundlagen der Berechnung des Ausgabebetrags); der Ausgabebetrag darf nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung (insbesondere Ausgabebetrag, Inhalt der Aktienrechte, Zeitpunkt der Dividendenberechtigung) festzulegen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital oder aufgrund des Ablaufs der Frist zur Ausnutzung des bedingten Kapitals ergeben, zu beschließen.

6. Die Satzung wird in § 5 in der Weise geändert, dass ein neuer Absatz (6) mit folgendem Wortlaut hinzugefügt wird:

„§ 5: Grundkapital, Aktien

(6) Das Grundkapital wird gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu EUR 900.000,-- durch Ausgabe von bis zu 900.000 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insofern durchgeführt, als Inhaber von der Gesellschaft ausgegebener Wandelschuldverschreibungen von dem ihnen eingeräumten Umtausch- und/oder Bezugsrecht Gebrauch machen. Der Ausgabebetrag und das Umtausch- und/oder Bezugsverhältnis sind unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft zu ermitteln (Grundlagen der Berechnung des Ausgabebetrags); der Ausgabebetrag darf nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung (insbesondere Ausgabebetrag, Inhalt der Aktienrechte, Zeitpunkt der Dividendenberechtigung) festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital oder aufgrund des Ablaufs der Frist zur Ausnutzung des bedingten Kapitals ergeben, zu beschließen.“

Zur weiteren Begründung und Erläuterung des Beschlussvorschlags zu Punkt 7 der Tagesordnung wird auf den auf der Internetseite der Gesellschaft (www.autobank.at) veröffentlichten und zur Einsicht der Aktionäre am Sitz der Gesellschaft aufliegenden Bericht des Vorstands gemäß §§ 174 Abs 4 iVm 153 Abs 4 AktG zur Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts im Zusammenhang mit der Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen verwiesen.